

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Nachrichten
Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Dresden, Poststr. 11
Telefon: 1111-1112

Bezugspreis: Ein Jahrgang 12,00 M., ein Semest. 6,00 M., ein Vierteljahr 3,00 M.
Anzeigenpreis: Die erste Zeile 20 M., die zweite 15 M., die dritte 10 M., die vierte 8 M., die fünfte 6 M., die sechste 5 M., die siebte 4 M., die achte 3 M., die neunte 2 M., die zehnte 1 M.

Druck: Carl Neubauer
Dresden, Poststr. 11
Telefon: 1111-1112

Wapen und Neurath bei Hindenburg

Reichstagspräsident Göring beim Kanzler

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Sept. Reichspräsident v. Hindenburg ist heute früh, von Neudorf kommend, wieder in Berlin eingetroffen. Er kam mit dem kaiserlich-königlichen Eisenbahnwagen um 6,45 Uhr aus dem Schlesischen Bahnhof an, wo der Salonwagen des Reichspräsidenten abgehängt und zum Bahnhof Friedrichstraße umgeleitet wurde, von wo aus sich dann Hindenburg um 7 Uhr früh in sein Palais begab.

In den Vormittagsstunden begab sich der Reichskanzler v. Wapen zum Reichspräsidenten, um ihm Vortrag über die innerpolitische Lage zu halten. Ihm folgte in den Mittagsstunden der Außenminister v. Neurath, der Vortrag über die außenpolitische Lage hielt. Nachdem der Reichskanzler in die Reichskanzlei zurückgekehrt war, empfing er den Präsidenten des Reichstages, Göring, um mit ihm gewisse Einzelheiten der kommenden Reichstagsarbeiten zu besprechen. Der Empfang des neuen Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten ist jetzt endgültig auf Freitag 11,30 Uhr festgelegt. Da die getriggerte Rede Götters in München neuerdings Bestätigung sowohl im Reichspräsidentenpalais als auch in der Reichskanzlei hervorgerufen hat, heißt zu befürchten, daß dieser Empfang einen fröhlichen Charakter haben wird.

Arbeitnehmer beim Reichsarbeitsminister

Berlin, 8. Sept. Am 8. Sept. wird mitgeteilt: Am 8. September hatte der Reichsarbeitsminister mit den Spitzenverbänden der Arbeiter- und Angestelltenvereine eine Aussprache über die Möglichkeiten für die Anwendung der Beschäftigungsprämie und der Vollbeschäftigung über Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsleistung. Vor Eintritt in die Aussprache erbot die Verbände aus sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Erwägungen Widerspruch gegen die neuen Vorschriften im allgemeinen. Mit diesem Vorbehalt erließen sie dann um Auskunft über Sinn und Tragweite der einzelnen Vorschriften, über die Anwendbarkeit der Vorschriften auf bestimmte Fälle und über die Mög-

lichkeiten, die tatsächlichen Schwierigkeiten zu überwinden und die ungerechtfertigten Ausnahmsverläufe auszuschließen. Die Auskünfte wurden erteilt. Die vorgetragenen Anregungen werden weiter verfolgt.

Keine Reichsschlachtsteuer, auch keine Margarinesteuer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Sept. Die Reichsregierung unterstellte sich, daß sie eine Reichsschlachtsteuer und eine Reichsmargarinesteuer einzuführen gedenke, wird jetzt amtlich dementiert. In den Gerüchten über die Reichsschlachtsteuer wird erklärt, daß die Schlachtsteuer Sache der Länder sei, und daß es bei diesem Stande bleiben soll. Wegen der Einführung der Margarinesteuer sprach man große Bedenken, da die Margarine als Volksnahrungsmittel anzusehen sei. Auch die Aushebung der Zuckersteuer angunsten der Einführung einer Margarinesteuer sei nicht ins Auge gefaßt. Im einzelnen hat sich das Reichskabinett mit diesen Vorschlägen überhaupt noch nicht befaßt.

Besorgnisse des Großhandels

Berlin, 8. Sept. Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warburg empfing unter Beteiligung des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Lebensmittelhandels führende Persönlichkeiten der an der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte beteiligten Großhandelskreise. Es wurden dem Minister gegenüber die großen Besorgnisse zum Ausdruck gebracht, die über die Absichten der Reichsregierung, durch Einführung des Einfuhrkontingentsystems eine grundsätzliche Schwächung der deutschen Handelspolitik vorzunehmen, in den beteiligten deutschen Wirtschaftskreisen herrschen. An Beispielen der vor allem in Frage kommenden Warengruppen wurde erklärt, daß die von der Landwirtschaft erhofften Wirkungen für die einzelnen Produkte mit Sicherheit ausbleiben würden, daß andererseits aber seit Jahrzehnten unter großen Kosten ausgebauten Geschäftsbeziehungen unübersehbaren Schäden erleiden müßten.

Paris will keinen Meinungsaustrausch zu zweien

Sabotage durch Verschleppung geplant

Paris, 8. Sept. Obgleich amtlich über die französische Antwortnote keinerlei Verlautbarungen veröffentlicht worden sind, ist doch schon so viel darüber in die Öffentlichkeit gedrungen, daß man sich aus den Darstellungen der Mäler ein ungefähres Bild von dem Inhalt machen kann. Die etwa die gleiche Länge wie die deutsche Denkschrift haben. Die französische Regierung behandelt in sehr höflichem Ton jeden einzelnen Punkt der deutschen Vorschläge und erklärt sich zur Entgegennahme jedes wohlmeinenden Vorschlages bereit, der darauf hinansieht, die Risiken eines Krieges abzumildern. Der Versailler Vertrag, der aber nicht nur Frankreich allein, sondern mit ihm über 20 europäische und anhereuropäische Staaten verpflichtete, enthält diejenigen Vorschriften, die auch bei der Behandlung der deutschen Forderungen befolgt werden müßten. Aus diesem Grunde und in Übereinstimmung mit anderen internationalen Verpflichtungen lehnt Frankreich den von der Reichsregierung vorgeschlagenen Meinungsaustrausch zu zweien ab und verweist Deutschland an den Völkerbund, die Genfer Abrüstungskonferenz und möglicherweise an den Internationalen Schiedsgerichtshof in Haag.

Der „Pettit Parisien“, der im allgemeinen gut unterrichtet ist, glaubt zu wissen, daß die französische Regierung darauf hinweist, daß die Weltberechtigung Deutschlands gelegentlich seines Eintritts in den Völkerbund im Jahre 1920 bereits verweigert worden sei. Die Mitgliedschaft des Völkerbundes habe außerdem noch nie einen Staat von seinen anderen internationalen Verpflichtungen entbunden. Die von der Reichsregierung aufgeworfene Frage müßte schon deshalb im Schoß einer internationalen Konferenz behandelt werden, weil andernfalls ein Präzedenzfall geschaffen würde, dem sicherlich eine Reihe anderer Nationen, wie Dänemark, Bulgarien und Ungarn folgen würden. — Das „Journal“ betont, daß die französische Antwortnote nach Auffassung sämtlicher Regierungsmitglieder ein Vorbild an Klarheit und Nachsichtigkeit darstelle. Der Wortlaut der französischen Antwort sei bereits der englischen Regierung zur Kenntnisnahme übermittelt worden. Von dem englischen Kabinettsrat werde es abhängen, ob die Note noch am Freitagabend der Reichsregierung übermittelt werden könne. In politischen Kreisen betone man, daß die Ueberreichung auf alle Fälle zwischen Freitag und Montag fallen werde. Die Veröffentlichung soll dann unverzüglich erfolgen.

Amerika hofft für den Hoover-Plan

London, 8. Sept. Dem Washingtoner Berichterstatter der „Times“ zufolge sind die Ansichten amtlicher amerikanischer Kreise über die Möglichkeit einer Nichtbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz geteilt. Einerseits befürchte man, daß durch die deutschen Forderungen die Abrüstungskonferenz, auf die die Vereinigten Staaten vielleicht ohne Verletzung ethischer Postulaten setzten, zu Fall gebracht werde. Andererseits glaube man,

daß der deutsche Schritt Frankreich und seine Verbündeten zur Annahme der Hoover-Vorschläge bewegen könne, die eine Fortsetzung der Rüstungen um ein Drittel vorsehen.

Amerika kümmere sich nicht viel darum, ob Frankreich oder Deutschland die größere Armee haben soll, aber es habe den harten Wunsch nach Abrüstung in Europa. Amtliche Kreise seien von der Pressemitteilung überrascht gewesen, daß Frankreich eine Note an Amerika geschickt und um die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Antwort an Deutschland nachgesucht hätte. Diese Note sei, wie Simpson gefaßt habe, nicht eingegangen, und offensichtlich sei er keineswegs darüber erfreut gewesen, daß die Amerikaner in ein rein europäisches Problem hineingezogen werden sollten. Da Amerika den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet habe, so habe es nach Ansicht des Staatsdepartements auch nicht mit einer Verletzung dieses Vertrages zu tun. Unannehmlichkeit werde entstehen die Frage eingehend unterzuchen, wie sich der deutsche Vorschlag dazu auswirken lasse, um Frankreich zur Annahme des Hoover-Planes zu überreden.

Der Notenvwechsel im Fall Daubmann

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Sept. Der Wortlaut der französischen Antwortnote in Sachen Daubmann wird jetzt bekanntgegeben. Die französische Regierung versichert darin, daß sie trotz eifrigster Nachforschungen in allen Archiven und zuständigen Verwaltungen keine Spur von Daubmann gefunden habe, auch nicht in Nordafrika. Im übrigen seien in den Aussagen Daubmanns zahlreiche Widersprüche. Die vollständige französische Stelle bezieht sich auf die Wahrheithaftigkeit der Daubmannschen Aussagen. Inzwischen liegt aber ein neues Protokoll vor, das die baltische Polizeiverwaltung mit Daubmann aufgenommen hat. Das neue Material ist der deutschen Botschaft in Paris zur Weitergabe an die französischen Behörden zugestellt worden.

Die neue Roggenstützungaktion

Berlin, 8. Sept. Die Vorarbeiten für die bereits angekündigte Aktion zur Entlastung des Roggenmarktes sind beendet. Die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft wird künftig in allen Ueberflussegebieten, in denen es die Marktlage erfordert, Roggen zu marktgemäßen Preisen kaufen. Die aufkauften Roggenmengen sollen sofort der Verfrachtung zugeführt werden. Der Roggen wird sofort frachtfrei den im nordwestdeutschen Schmelzgebiet gelegenen Empfangs-Roggenhöfenstationen zum Preise von 140 RM. je Tonne, eis Rüstebasen des Westereingebietes zu 137 RM. je Tonne abgegeben. Dieser Preis wird für den Roggen umfangreiche Absatzmöglichkeiten erschließen. Zum Ausgleich der für die DWD. entstehenden Preisspanne zwischen dem höheren Einstands- und dem niedrigeren Abgabepreise des Roggens werden der DWD., wie durch eine heute im „Reichsanzeiger“ erscheinende Verordnung geregelt wird, Versteigerungen zur Verfügung gestellt, die zur zollverbilligten Einfuhr von Futtermitteln berechneten Handel und Gewerkschaften werden in die Aktion sowohl beim Auktions-, als auch bei Abgabe des Roggens in der bisherigen Weise eingeschaltet. Es wird dafür Sorge getragen, daß die Brotversorgung immer ausreichend gesichert bleibt und keine über das Vorjahr hinausgehenden Preissteigerungen eintreten.

Neuhorts neuer Oberbürgermeister räumt auf

Neuhort, 8. Sept. Walters Nachfolger als Oberbürgermeister von Neuhort, Mac Kee, hat in den acht Tagen, die er nunmehr im Amt ist, in der Stadtverwaltung bereits so gründliche Räumungsarbeiten geleistet, daß die Neuhorter Bevölkerung aus dem Staunen nicht heraustrifft und daß in Tammany Hall, dem Sitz der Neuhorter demokratischen Parteiorganisation, äußerste Bestürzung herrscht. Mac Kee hat die Gehälter der von Tammany Hall in die wichtigen Neuhorter Verwaltungsdienstellen gezeichneten Personen hart gekürzt, nachdem er sein eigenes Gehalt um 1000 Dollar vermindert hatte. Mac Kee hat gleichzeitig denjenigen Beamten, über deren Gehälter er nicht bestimmen kann, dringend geraten, sich nach seinem Vorbild zu richten. Der neue Oberbürgermeister geht auch in anderer Hinsicht den Herren von der Neuhorter Stadtverwaltung mit einem Beispiel voran, um sie zur Sparsamkeit zu erziehen. So verzichtet er beispielsweise darauf, für seine Dienstfahrten die städtischen Kraftwagen zu benutzen. Die Untergrundbahn ist sein Beförderungsmittel. Mac Kee hat die Abteilungsleiter angewiesen, ihre Limousinen und Kraftwagenführer aufzugeben und den letzteren nutzbringende Arbeiten zu geben.

Weltwirtschaftskonferenz nicht vor Neujahr

London, 8. Sept. In London ist noch keine amtliche Bestätigung der aus Washington kommenden Meldungen eingegangen, daß die amerikanische Regierung eine Verschiebung der Weltwirtschaftskonferenz bis nach Neujahr 1933 für erwünscht halte, um eine Störung der Präsidentenwahl durch die mit der Weltwirtschaftskonferenz in Verbindung stehende Kriegsschuldenfrage zu vermeiden. Die Londoner amtlichen Kreise betonen jedoch, daß schon aus technischen Gründen mit der Eröffnung der Konferenz nicht vor Neujahr zu rechnen sei. Der vorbereitende Ausschuss, der gegen Ende des Monats in Genf zusammentritt, werde voraussichtlich mehrere Wochen lang verhandeln, bevor der Ort und die Zeit der Weltwirtschaftskonferenz festgelegt werden könnten. Da von der Ausdehnung der Einladung an bis zur Eröffnung der Konferenz ein beträchtlicher Zeitraum vorgezogen werden müsse, sei auf keinen Fall mit einem Zusammentritt vor Dezember und möglicherweise nicht vor Neujahr 1933 zu rechnen.

Schultragödie in Dirschau

Dirschau, 8. Sept. Obwohl auf Beschluß des Bürgergerichts die Exmision des Deutschen Schulvereins aus dem St. Georgen-Hospital eingestrichelt und die gerichtliche Entscheidung der Angelegenheit auf den 8. November festgelegt wurde, ist die Dirschauer polnische Handelschule in die vom Deutschen Schulverein gepachteten Räume eingezogen und hat alle dem Schulverein gehörigen Einrichtungen mit Beschlag belegt. Es erweckt den Anschein, daß die Exmision des Deutschen Schulvereins nur deshalb beabsichtigt ist, um die Räume für die polnische Handelschule freizubekommen. Das deutsche Privatgymnasium wurde seinerzeit geschlossen, weil die Räume angeblich nicht genügend. Für die polnische Handelschule aber sind sie jetzt ausreichend!

Ein Reichswehrauto verunglückt

Cherbul (Thüringen), 8. September. In der Nacht zum Donnerstag stieß auf der Landstraße Gotha-Cherbul ein mit Reichswehrsoldaten besetztes Personenauto aus Gotha mit einem Anhänger eines zum Truppenübungsplatz ausrückenden Manövertransportes der Reichswehr zusammen. Bei dem Zusammenstoß gab es einen Schwer- und vier Leichtverletzte.

Benizelos will zurücktreten

Athen, 8. Sept. Der griechische Ministerpräsident Benizelos, der von seiner Wahlkreise nach Athen zurückkehrte, will dem Staatspräsidenten heute sein Rücktrittsgesuch unterbreiten.